

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Dresden, Hauptstraße 20/21
Telefon-Nr. 20011
Schließung: 10.30 Uhr
Verleger: E. L. Wenzel

Bezugspreis: Bei Abnahme von 10 Bogen monatlich 1,40 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung), bei Abnahme von 30 Bogen monatlich 3,60 RM. (einschließlich 20 % für Zustellung). Einzelhefte 50 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung).
Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 8 Pf., die fünfte 6 Pf., die sechste 5 Pf., die siebte 4 Pf., die achte 3 Pf., die neunte 2 Pf., die zehnte 1 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung).
Abonnementpreis: Ein Jahr 120 Pf., sechs Monate 60 Pf., drei Monate 30 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung).
Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 8 Pf., die fünfte 6 Pf., die sechste 5 Pf., die siebte 4 Pf., die achte 3 Pf., die neunte 2 Pf., die zehnte 1 Pf. (einschließlich 20 % für Zustellung).

Druck u. Verlag: Meyers & Neumann, Dresden, Hauptstraße 20/21
Telefon-Nr. 20011
Schließung: 10.30 Uhr
Verleger: E. L. Wenzel

Brüning's Besprechungen mit den Parteien

Drohungen der Sozialdemokratie

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Okt. Reichskanzler Dr. Brüning setzte heute nachmittag die Empfänger der führenden Persönlichkeiten der einzelnen Parteien fort. So wurden von der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei die Abgeordneten Döhrich und Gerek, von der Staatspartei die Abgeordneten Mayer und Weber empfangen.

Da die endgültige Entscheidung der einzelnen Parteien bei den

Faktionen des Reichstages

Nagt, so wendet sich das Interesse der politischen Kreise naturgemäß stark den Fraktionsführungen zu. So tritt am Freitagvormittag die Fraktion der Sozialdemokraten zusammen, nachdem im Anschluss an die Besprechung der sozialdemokratischen Führer mit dem Reichskanzler der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits eine Sitzung abgehalten hatte, in der über die rein informatorische Besprechung beim Reichskanzler Bericht erstattet wurde. Am Sonntag tritt das Zentrum zu einer Fraktionsführung zusammen, der man mit besonderem Interesse entgegensteht, weil ja beim Zentrum nach wie vor der Schlüssel zur politischen Lage liegt und es in die Hand des Zentrums gegeben ist, eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Bei den Sozialdemokraten dürfte kaum Meinung bestehen, die Pläne des Kabinetts Brüning ohne wesentliche Änderungen zu unterstützen. Man nimmt an, daß die Sozialdemokraten in ihrer Fraktionsführung am Freitag noch keine bestimmten Beschlüsse fassen werden und auch weniger über die Einzelheiten des Regierungsprogramms debattieren werden, als vielmehr über die grundsätzliche Haltung, die die Fraktion angeht, die für die Sozialdemokratie so wenig günstigen Wahlausgang einnehmen soll. Ueber die Aussichten einer Verständigung mit der Regierung wird auch in sozialdemokratischen Kreisen ziemlich pessimistisch geurteilt.

Es wird sogar darauf hingewiesen, daß im Bereiche der verschiedenen Möglichkeiten auch eine Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zur Aufhebung der Notverordnung und zu einem Mißtrauensantrage liegen könnte.

Auch die deutschnationale Reichstagsfraktion ist inzwischen für den 18. Oktober, den Tag des Zusammentritts des Reichstages, einberufen worden.

Reichskanzler Brüning wird über die Eindrücke, die er in den Unterredungen mit den Führern der Parteien gewonnen hat, dem Kabinett Bericht erstatten in einer Sitzung, die am Sonntagvormittag stattfinden soll. In dieser Sitzung wird zugleich der aus Genf zurückgekehrte Reichsaussenminister Dr. Curtius einen Bericht über die Völkerverbundtagung erstatten.

Die Forderungen der Wirtschaftspartei

Berlin, 2. Okt. Im Reichstag fand am Donnerstag eine Führerbesprechung der Wirtschaftspartei statt. Nach einem Bericht des Parteivorstehenden Drewny und nach lebhafter Aussprache, an der sich auch Reichsjustizminister Dr. Bredt beteiligte, wurden im Hinblick auf das von der Regierung veröffentlichte Programm Richtlinien aufgestellt, nach denen die Wirtschaftspartei ihre fernere Beteiligung an einer Reichsregierung festsetzt. In dem Beschlusse wird zunächst anerkannt, daß das Regierungsprogramm in zahlreichen Punkten den allgemeinen Forderungen der Wirtschaftspartei wenigstens teilweise Rechnung trage. Ueber das

Regierungsprogramm hinaus werden folgende Forderungen an die Reichsregierung gestellt:

1. Einleitung von Verhandlungen zur Herbeiführung eines sofortigen Moratoriums für die Reparationszahlungen mit dem Ziel der Revision des Youngplanes.
2. Durchgreifende Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel der Beseitigung aller Parteibuchbeamten und überflüssigen Dienststellen.
3. Sofortige Einführung der allgemeinen Arbeitslosenpflicht mit dem Ziel der Hebung der Arbeitslosigkeit und weitere entscheidende Reform des sozialen Versicherungswesens.
4. Weiterer planmäßiger Abbau der Ausgaben der öffentlichen Hand, Beseitigung der öffentlichen Regimenterie, Ueberführung des öffentlichen Wohnungsbauwesens in die freie Wirtschaft, weiterer Ausbau der Realsteuern, Reform des Schlichtungswesens und Maßnahmen zwecks Senkung der kartellierten Preise und der überhöhten Zinssätze.

Kampfanlage der DNVP.

Berlin, 2. Okt. Von maßgebender deutschnationaler Seite wird folgendermaßen zu dem Regierungsprogramm Stellung genommen:

1. Der Wirtschafts- und Finanzplan des Kabinetts Brüning geht an den Kernpunkten unserer Politik vorbei: An der Tributfrage und an der Außenhandelspolitik.
2. Vereinfachungen im Steuersystem und Sparsamkeit auf allen Gebieten sind Selbstverständlichkeiten.
3. Die Zunahme der Beschäftigungslosigkeit der Betriebe und die Erwerbslosigkeit stehen in engem Zusammenhang mit der Tribut- und Handelspolitik, die eine übermäßige Einfuhr fremder Waren begünstigt und die Ausfuhr deutscher Waren erschwert.
4. Jedes Opfer eines Berufsstandes oder jede Mehrbelastung der Wirtschaft einschließlich der Arbeiterklasse durch Steuern und soziale Abgaben ist nutzlos, solange nicht gleichzeitig eine wesentliche Erleichterung der Tributfrage erreicht wird.
5. Die DNVP wird gemäß ihrem Wahlversprechen den Kampf gegen den Youngplan und gegen die bisherige Handelspolitik fortsetzen und demgemäß keine Regierung unterstützen, die an diesen Kernfragen vorübergeht, sondern wird sie auf das entschiedenste bekämpfen.

Severings Kritik

Mainz, 2. Okt. Auf der Tagung der Reichsgemeinschaft deutscher Kommunalbeamten in Mainz sprach Reichsminister a. D. Severing über das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung. Das Programm enthalte die allergrößten Fehler, die nur gemacht werden können. Es sei ungerechtfertigt, den Beamten 6 v. D. ihres Einkommens abzugelassen, ohne eine Staffellung vorzunehmen. Es sei aber zu hoffen, daß die an den kommenden Verhandlungen beteiligten Parteien diese schweren Mängel ausgleichen würden. Weiter lehnte Severing die im Regierungsprogramm vorgesehene Kontrollmaßnahmen für die Gemeinden ab. Das Programm Brüning's enthalte einen Punkt nicht, der gerade jetzt vorwärtsgetrieben werden müsse: Die Reichsreform. Alle mühten sich doch darüber klar sein, daß die Länder fallen müssen, das sei Reichsreform.

Französische Eindrücke

Das deutsche Wahlergebnis mit seinem nationalen Aufschwung hat im deutsch-französischen Verhältnis ganz eigenartige, entgegengesetzte Strömungen ausgelöst. Während die Rechtsparteien jenseits des Rheins, erschreckt und geängstigt durch Deutschlands Abgabe an die Locarnopolitik, in bestiger Eile gegen Briand loszugehen und die Rückkehr zum strengen Kurs eines Poincaré fordern, kommt die Linke zu dem Schluß, daß nun die Annäherungs- und Verständigungspolitik, so wie man sie in Frankreich versteht, erst recht fortgesetzt werden müsse. Der radikalsozialistische Vorführer Daladier hat sich soeben zu dieser Auffassung bekannt. Und er trifft sich dabei auf halbem Wege mit den Wünschen der deutschen Linksparteien, die sich über die Veränderung in der politischen Struktur Deutschlands gerne hinwegtäuschen möchten durch starres Festhalten an den „bewährten Methoden der bisherigen Außenpolitik“, wie es im Amtsstil des Außenministeriums heißt. Als Gegenspieler Daladiers hat sich der frühere Reichskanzler Müller am Sonntag in Paris über die Notwendigkeit der weiteren Annäherung bei der Nachbarländer „als Garantie des europäischen Friedens“ verbreitet.

Ueber den Grundfah sind sie sich also einig, nur das Wie verursacht Kopfzerbrechen. Denn in allen politischen Fragen ist man in Paris und Berlin am toten Punkte angelangt, und die Interessen der beiden Völker prallen überall scharf aufeinander. Aus dieser Sackgasse, heißt es, sollen uns die wohlthätigen Wechselbeziehungen der Wirtschaft herausführen. Schon seit geraumer Zeit munkelt man von großen Umschichten, die uns Frankreich gewähren will, einmal, weil es nicht weiß, wie es seinen Goldüberfluß unterbringen soll, und dann, weil es ihm vorteilhaft erscheint, seinen durch die Verträge juristisch begründeten Einfluß auf die innerdeutschen Verhältnisse noch mit finanziellen Bindungen zu verankern. Auch Irland hat in Genf diese Note wieder anklingen lassen. Die unentwegt nach Paris hin orientierte deutsche Presse ist glücklich über solche Aussichten und wird nicht müde, uns die Verständigungsabereitschaft der Franzosen zu rühmen. Man dürfe das Volk nicht nach einigen deutschfeindlichen Führern und nach der chauvinistischen Presse beurteilen. Im Kern sei es ganz anders gesinnt; es habe den alten Groll schon längst vergessen und wünsche im Grunde des Herzens nichts sehnlicher, als uns Deutschen in Frieden und Freundschaft um den Hals zu fallen. Die Basis für die politische Verständigung sei da, man müsse nur den Mut haben, sich herab auf den Boden zu stellen.

Ist dem wirklich so? Hindert uns tatsächlich nur ein nationalistischer Haß, irgendein Gefühl, das mit der „Eigenseinigkeit“ zusammenhängt, Frankreich und sein Volk mit den Augen unserer Verständigungspolitik um jeden Preis zu sehen? Der unvoreingenommene Deutsche, der lezt mit offenen Augen das Land bereist, das er aus dem Kriegserlebnis noch in lebhafter Erinnerung hat, kommt zu anderen Eindrücken. Er wird sich in seinem Urteil nicht beeinflussen lassen durch das freundliche und immer entgegenkommende Verhalten der Bevölkerung in den ehemals besetzten Gebieten, die den Hauptstrom des Fremdenbesuches anziehen. Denn man darf nie vergessen, daß sich der Besuch der Schlachtfelder und der Kriegergräber zu einer Fremdenindustrie entwickelt hat, die viel Geld ins Land bringt. Und Geldverdienenden, Sparen, ein Vermögen aufzulegen, wird in Frankreich immer noch groß geschrieben. Dieser Zweck führt auf die Einstellung den Ausländern gegenüber ab. Darüber hinaus bewährt der Einzelfranzose immer noch seine sprachwörtliche Lebenswürdigkeit auch dem Fremden gegenüber. Es ist gut mit ihm auszukommen und leicht mit ihm zu leben. Wenn man ihn richtig zu nehmen weiß, dann ist es kein Kunststück, als Deutscher ohne die geringste Unannehmlichkeit in Frankreich zu weilen. Man kann dabei manche Eigenschaften des Nachkriegsfranzosen kennenlernen, die uns Achtung abzwängen. Da fällt vor allem als Gegenstück zur Sparsamkeit, die allerdings leicht in filzigen Weiz ausartet, eine allgemeine Verschwendung in der Lebenshaltung auf, im privaten sowohl wie im öffentlichen Haushalt. Um nur ein Beispiel zu nennen: wir würden uns in jeder deutschen Großstadt solche vorstufliche Autobusse verbitten, wie sie über das Pariser Pflaster rattern. Ein anderer Gegenstand aus den deutschen Verhältnissen ist der lebhafteste Widerspruch der Arbeit. Nicht nur, daß man keine Erwerbslosigkeit kennt.

Grubenkatastrophe in Mittelengland - 14 Tote

London, 2. Okt. Einem schweren Unglück auf dem Grovesbergwerk in Brownhills (Grafschaft Stafford) fielen 14 Bergarbeiter zum Opfer. Zwei von ihnen konnten infolge der furchbarsten Verkümmelungen nicht identifiziert werden. Die Rettungsarbeiten werden sieberhaft fortgesetzt. Man vermutet, daß die Explosion durch Kurzschluss bei der elektrischen Kohlenstaubmaschine verursacht worden ist. Der Erste, der das Unglück entdeckte, war ein Geiger, der gegen 20 Uhr zur Nachtschicht eingefahren war und gegen Mitternacht in einem flachen Stollen die ersten Anzeichen der Explosion entdeckte.

Der Bergwerksinspektor und eine Reihe von Beamten des Bergwerks begaben sich sofort in die Grube. Die Stollen waren voll von Kohlenoxydgas. Aus den benachbarten Rettungstationen wurden Mannschaften mit Rettungsapparaten nach der Unglücksstelle entsandt. Da die Schachtsanlagen jedoch zum großen Teil eingestürzt sind, gelang es nicht, die Rettungsarbeiten außerordentlich schwierig. Erst nach 18 Stunden konnten die ersten fünf Leichen geborgen werden.

Die Explosion ist eine der schwersten, die sich in den Cannon-Chase-Kohlenfeldern ereignet hat. Es steht noch nicht fest, ob sich noch weitere Menschen in der Grube befinden.

Schweres Explosionsunglück bei Homberg

Homberg, 2. Okt. Auf den Rattbergsschächten ereignete sich am Donnerstagnachmittag ein schweres Explosionsunglück, bei dem sechs Arbeiter verletzt wurden. Bei Ausführung von Arbeiten im unterirdischen Betrieb ereigneten sich zwei Explosionen. Während die erste ohne jegliche Wirkung blieb, war die zweite sehr schwer. Durch Stichflammen wurden die an dieser Stelle arbeitenden Arbeiter schwer verletzt. Einigen Bergleuten wurden die Kleider in Brand gesetzt.

D-Zug rammt eine Motorwalze

Stuttgart, 2. Okt. Der Schnellzug D 175 Friedrichshafen - Ulm - Frankfurt, der Friedrichshafen um 18 Uhr 07 verläßt, ist bei der Durchfahrt auf dem Bahnhof Ulmendorf auf eine kleine, der Bahnverwaltung gehörende Motorwalze aufgefahren, die den Bahnsteig walzte. Die Walze kam dem Gleis zu nahe und wurde vom Puffer gerammt. Dabei sind zwei Bahnarbeiter getötet, einer schwer und einer leichter verletzt worden.

Handeinsturz in Neuwerk. Im Neuwerker Stadtteil Greenwich stürzte ein kleines Wohnhaus ein, während die Bewohner schliefen. Fünf Personen wurden getötet, acht schwer verletzt.

Heute: **D.N.** - Kräftfahrer
Seite 17 und 18